



Die Erben des Hukou-Systems

Zwar hat die neue chinesische Führung eine stärkere Zuwendung hin zu marktwirtschaftlicher Beschäftigung verkündet. In der Praxis ist das jedoch komplexer als gedacht.

Denn am Arbeitsmarkt liegt einiges im Argen. Auch aufgrund historischer Regelungen.

Von **Stefan Fischer**  Mit seiner ersten Amtsreise in die Metropole Shenzhen, wo 1978 die marktwirtschaftlichen Reformen des Riesenreiches ihren Ausgang nahmen, erinnerte Xi Jinping demonstrativ an die kapitalistische Öffnung Chinas. Der neue Parteichef zeigte damit, dass er sich dem Erbe des Reformers Deng Xiaoping verpflichtet fühlt. „Wir werden diesem erprobten Pfad weiter folgen“, sagt er. Und die Liste ist lang – denn die Arbeitslosigkeit steigt, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, Kosten für Bildung und Gesundheitswesen explodieren. Nie zuvor ging die Einkommensschere zwischen

Stadt und Land, reicher Ostküste und armen Westregionen derart weit auseinander.

Der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß für Ungleichheit, hat in China mit 0,61 längst die Warnschwelle überschritten, wie die Südwestuniversität für Finanzen und Wirtschaft in Chengdu ermittelt hat. Bei einem Wert von über 0,4 herrscht starke Ungleichheit und soziale Unruhen sind zu befürchten. Da der Wert schon so lange in einem problematischen Bereich liegt, hält die Regierung ihn seit 2001 unter Verschluss. Gelöst wird das Problem so jedoch nicht.

Denn neben wirtschaftlichen hat die außergewöhnliche Dynamik am chinesischen Arbeitsmarkt auch politische Ursachen. So findet neben einer beispiellosen Nachfrage am Arbeitsmarkt der Umbau von einer geplanten zur marktwirtschaftlichen Beschäftigung statt. Seit der Öffnung in den 1980er Jahren hat sich ein rasanter Wandel vollzogen. Vor Deng Xiaopings Reformen existierte praktisch kein Arbeitsmarkt. Arbeitskräfte wurden nicht nach ihren individuellen Fähigkeiten rekrutiert, sondern nach der

politischen Klasse der Familie. Der Lohn richtete sich nach einem Punktesystem. Je nach Studienfach oder Ausbildungsrichtung gab es eine festgelegte Anzahl an Punkten. Diese stieg mit dem Lebensalter, nicht aber durch besondere Leistungen. Zudem waren Arbeitskräfte durch das Registrierungssystem für Familien (Hukou) an ihren offiziellen Wohnsitz gebunden; nur dort erhielten sie eine Beschäftigung.

Zwar wurde das Hukou-System nicht abgeschafft, aber gelockert. Vollständig gefallen sind Arbeitsplatzzuteilung und Einkommensregulierung: Arbeitgeber stehen nun im

Wettbewerb um die hellsten Köpfe, Arbeitnehmer konkur-

Längst nicht alle chinesischen Arbeitnehmer sind gleichberechtigt.

Wanderarbeiter haben in der

Praxis weniger Rechte als die Stadtbevölkerung.

rieren um die bestbezahlten Arbeitsplätze. Auf der Suche nach Arbeit drängt die von der wirtschaftlichen Entwicklung völlig vernachlässigte Landbevölkerung in die Städte. Dort werden diese Menschen wirtschaftlich ausgebeutet und sozial drastisch benachteiligt. Die Aufenthaltsvorschriften ermöglichen ihnen weder Zugang zu medizinischer Versorgung noch zu Bildungseinrichtungen, denn diese sozialen Leistungen sind nach wie vor an den offiziellen Wohnort gebunden.

Genau durch diese halbherzige Liberalisierung entstand das Phänomen der chinesischen Wanderarbeiter. Als schier

unbegrenzt Reservoir an billigen Arbeitskräften bilden sie zwar das Rückgrat des produzierenden Gewerbes in den Küstenregionen, die dadurch entstandene soziale Kluft zwischen Migranten vom Land und Stadtbevölkerung ist jedoch allgegenwärtig. Laut Amnesty International entwickelt sich hier die neue urbane Unterklasse Chinas. In Zahlen bedeutet das, dass im heutigen China 250 Dollar-Milliardäre und über 1 Million Dollar-Millionäre rund 200 Millionen Wanderarbeiter gegenüberstehen.

30.000 streiks gab es im vergangenen Jahr

Jahrzehntlang galten staatliche Lenkungsprogramme zur Urbanisierung und Industrialisierung auf dem Lande als Schlüssel für die Entwicklung der abgehängten Gebiete Zentral-, Nord- und Westchinas. Dennoch tritt die ungleiche Verteilung des Wohlstands angesichts der völlig verarmten Landbevölkerung immer deutlicher zutage. Diese Mammutaufgabe könnte zum Scheitern verurteilt sein, weil die Entwicklung der dafür dringend benötigten Infrastruktur zu viel Zeit in Anspruch nimmt.

Immer wieder ziehen Streiks in chinesischen Fabriken die Aufmerksamkeit der Welt auf sich. Keineswegs handelt es sich nur um Einzelfälle. Trotz offiziellen Verbots wurden im vergangenen Jahr rund 30.000 Streiks in China bekannt, und die Dunkelziffer liegt sicherlich deutlich höher. Chinesische Arbeitnehmer erheben Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Dadurch gerät die chinesische Führung zunehmend unter Zugzwang. Bisher kontrollierte die Partei die Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer unterstützten die Unternehmen. Langsam lässt die chinesische Führung aber zu, dass sich Gewerkschaften zur eigentlichen Arbeitnehmervertretung wandeln und denkt über eine Reform des Niederlassungsrechts nach.

Von der städtischen Bevölkerung wird eine völlige Abschaffung der Hukou-Vorschriften indes strikt abgelehnt. Sie hat sich sehr bequem mit den geltenden Regeln eingerichtet und möchte den Zugang zu sozialen Leistungen und anderen Annehmlichkeiten nur ungern mit der Mehrheit der Bevölkerung teilen. Zudem ist die chinesische Regierung weiterhin an einem

viel Praxis auch in China erkannt. Inzwischen gibt es zahlreiche öffentliche und private Kooperationsprojekte, in denen eine Qualifizierung vom Facharbeiter bis zum Meister angeboten wird.

Regierung lockt internationale Wissenschaftler

China hat sich im Rahmen seiner Entwicklung weg vom Billiglohnland, weg von der Werkbank der Welt ehrgeizige Ziele gesteckt. Schon heute werden in der Volksrepublik nahezu so viele wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht wie in den USA. Bis zum Jahr 2050 möchte man gar Weltmarktführer im Bereich Humankapital sein. Qualifikation und Produktivität der Arbeitskräfte müssen daher rasant ansteigen.

Aber nicht nur die eigenen Köpfe sollen brillieren. Auch die besten Wissensressourcen und die besten Nachwuchskräfte der ganzen Welt möchte China gewinnen. Ein ganz spezielles Programm der Regierung lockt daher chinesische Wissenschaftler, die ins Ausland gegangen sind, mit Spitzengeldern zurück in die Heimat. Dass sich solche Investitionen auszahlen, davon ist man in China fest überzeugt. Immerhin ist die Arbeitsmarktpolitik eine der wichtigsten Stellschrauben, um den immer stärker zutage tretenden sozialen Spannungen im chinesischen Milliardenvolk entgegenzuwirken. ❧

.....
Stefan Fischer ist Geschäftsführer der cisema GmbH, die Unternehmen umfassend bei der Beschaffung und Qualitätssicherung in China unterstützt. Kontakt: fischer@cisema.de; tel.: +49 (0) 89-41617389-00



gewissen Maß an Kontrolle über den Aufenthalt der 1,3 Milliarden Bürger interessiert. Diese Gründe haben offensichtlich bisher die Verabschiedung eines Zeitplans zur Lösung der drängenden Probleme verhindert. Dennoch setzt sich zunehmend die Ansicht durch, dass man eben die Menschen zu den Arbeitsplätzen bringen muss, wenn man die Arbeitsplätze nicht zu den Menschen bringen kann.

Arbeitslosigkeit unter Akademikern

Weil das soziale Netz in China schlecht ausgebaut ist, gilt eine gute Berufsausbildung des Nachwuchses noch immer als beste Altersabsicherung. Deshalb investieren chinesische Eltern viel Geld und Engagement in die Ausbildung der Kinder. Lag die Zahl der Universitätsabsolventen 1998 bei 830.000, haben im vergangenen Jahr schon 6,8 Millionen junge Leute ihr Studium beendet. So schnell hält der Arbeitsmarkt jedoch nicht mit. Noch kann er die Akademiker-Schwemme nicht aufnehmen. Viele Uniabsolventen finden deshalb keinen Job oder lediglich einen Arbeitsplatz, der weit unter ihrer Qualifikation liegt.

Das ist allerdings nicht das einzige Dilemma auf dem chinesischen Bildungsmarkt. Werden auf der einen Seite zu viele Akademiker ausgebildet, fehlen auf der anderen Seite gute Facharbeiter. Zudem geht die Ausbildung an Berufsschulen am Bedarf vorbei. Wer eine solche Ausbildung absolviert hat, kennt sich allenfalls in der Theorie aus, ist aber in der Praxis kaum einsetzbar. Immerhin hat man den Vorzug der deutschen Berufsausbildung auf Basis des dualen Systems mit Theorie und